

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
 in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
 in Deutschland vierteljährlich 1 M. 50 Pf., mit Botenlohn 2 M.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
 Deutschlands: R. Mosse, Haacke & Vogler, G. L. Daube,
 Invalidentank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann,
 G. L. Thienes, Greifswald: G. L. Thienes, Halle a. S.
 Jul. Bard & Co. Hamburg: Joh. Neubaar, A. Steiner,
 William Wilsen. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
 Deim. Giesler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Das Kaiserpaar in Weßfalen.

Ueber die gefällige Parade des 7. Armee-Korps
 und der 7. Division wird aus Minden, 5. Sep-
 tember, drahtlich berichtet:

„Der Kaiser traf um 10 Uhr Vormittags
 auf der Mindener Seide ein; die Kaiserin folgte
 im offenen Sechsspänner. Bereits vorher war
 die Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe und
 neben ihr im Wagen sitzend die Fürstin von
 Schaumburg-Lippe angelangt. In einem anderen
 Wagen erblickte man die Bielefelder Prinzen.
 Der Kaiser ritt, gefolgt von einer glänzenden
 Suite, die Paradeaufstellung ab und hielt so-
 dann gegenüber der dichtbesetzten Tribüne. Das
 Weiter begünstigte den Vorbeimarsch, der zuerst
 bei der Infanterie in Kompagniefronten, bei der
 Kavallerie in Eskadronen, bei der Artillerie in
 Batteriefronten im Schritt stattfand. Als die
 Majestäten sich der Tribüne näherten, wurden
 sie mit Hurrah begrüßt. Der Kaiser trug
 Generaluniform, die Kaiserin helle Toilette.
 Der Kaiser führte alsdann, lebhaft vom
 Publikum begrüßt, das Regiment Nr. 53 vorbei,
 dessen Chef Kaiser Friedrich war. Der Fürst
 von Schaumburg-Lippe führte das 7. Jäger-
 Bataillon, Herzog Johann Albrecht von Mecklen-
 burg die 18. Dragoner, General von Zychlinsky
 das 27. Infanterie-Regiment und General von
 Blume das 13. Regiment vorüber. Nachdem
 der Kaiser das 53. Regiment vorbeigeführt hatte,
 ritt er an den Wagen seiner Schwester und
 unterhielt sich mit ihr. Der zweite Vorbeimarsch
 erfolgte bei der Infanterie in Regimentskolonne.
 Der Kaiser setzte sich abermals an die Spitze des
 53. Regiments, kommandierte selbst und führte
 das Regiment vor, vom Publikum mit Hoch-
 rufen begrüßt, während die fürstlichen Damen
 sich im Wagen erhoben hatten. Der Kaiser hielt
 alsdann wieder neben dem Wagen der Prinz-
 essin Adolf von Schaumburg-Lippe, bis das
 Regiment vorbei war. Das Regiment nahm
 alsdann vor der Tribüne Aufstellung, Kavallerie,
 Artillerie und Train folgten den zweiten
 Vorbeimarsch im Trab. Nach Beendigung der
 Parade ritt der Kaiser an das 53. Regiment
 heran, erinnerte daran, wie nahe das Regiment
 dem hochgeliebten Kaiser Friedrich gestanden,
 und theilte mit, daß die Prinzessin Adolf von
 Schaumburg-Lippe zum Chef des Regiments
 ernannt sei. Er hoffe, das Regiment werde sich
 dieser Ehre würdig erweisen, und wie es bisher
 in Krieg und Frieden sich glänzend bewährt
 habe, so auch in Zukunft bewähren. Der
 Regimentskommandeur dankte im Namen des
 Regiments und erbat sich die Erlaubnis, zur
 Befestigung des Gedenks ein Hoch auf den
 Kaiser ausbringen zu dürfen. Nachdem dies ge-
 schehen, begleitete der Kaiser den Wagen seiner
 Schwester die Front entlang. Nach Abhaltung
 einer kurzen Kritik verließ der Kaiser alsdann
 das Paradefeld.“

Aus Deynhaußen, 5. September, meldet der
 Draht: Die Fürstlichkeiten, unter ihnen Prinz
 Leopold von Bayern, und die Generalität trafen
 um 2 1/2 Uhr von Minden hier ein. Die An-
 kunft des Kaiserpaars mit seiner Umgebung er-
 folgte um 3 Uhr bei herrlichem Wetter. Auf
 dem reich geschmückten Bahnhof stand eine
 Gruppe von Bauern und Bäuerinnen aus den
 streifen Minden und Lübbecke in ihren Volks-
 trachten, die das Kaiserpaar begrüßten und Ge-
 schenke, worunter selbstgebackenes Weizen, über-
 reichten. Der Kaiser und die Kaiserin unter-
 hielten sich in heiterer Laune eine Viertelstunde
 lang mit ihnen. Der Kaiser schritt sodann die
 vor dem Bahnhof aufgestellte Ehrenkompagnie
 ab, die aus Jägergruppen des 7. Armee-Korps zu-
 sammengesetzt war, nahm den Paradeplatz ab
 und fuhr darauf mit der Kaiserin zur Stadt.
 Der kaiserliche Wagen hielt gleich darauf vor
 der prächtigen Ehrenpforte, wo die städ-
 tischen Behörden, Ehrendamen und blumen-
 streuende Schülerinnen Aufstellung genommen
 hatten. Bürgermeister Thiele hielt nun folgende
 Ansprache:

„Allerhöchster Kaiser und Königin! Eure
 kaiserlichen und königlichen Majestäten wollen
 huldvollst gestatten, daß die Vertreter der Stadt
 Deynhaußen in Dankbarkeit und Treue den
 Willkommensgruß der freudig bewegten Bürger-
 schaft ehrsüchtig darbringen. Ist unsere
 Stadt auch klein an Einwohnerzahl, so ist sie
 doch groß und stark an Liebe zum angestammten
 Herrscherpaar, das hier, auf dem alterthümlichen
 Boden, mit seinen gewaltigen historischen Er-
 innerungen durch die Gründung der königlichen
 Aachenanstalt ein Friedenswerk geschaffen hat,
 welches als ein leuchtendes Denkmal der Für-
 sorge für das Volk bis in die spätesten Ge-
 schlechter hineinragen wird. Ew. Majestät haben
 bereits als Prinz Wilhelm in diesem so mächtig
 emporschauenden Städtchen der rothen Erde ge-
 weilt, das mit seinen gegenwärtigen Heilquellen
 Sundertausenden neuen Lebensmuth wieder-
 gegeben, namentlich aber nach dem ruhmreichen
 Feldzuge von 1870—71 unzählige Wunden ge-
 heilt hat, die der Krieg geschlagen. Deynhaußen
 verdankt sein Dasein der landesväterlichen Guld
 des erlauchten Hohenzollernhauses und Deyn-
 haußen blüht und gedeiht unter seinem erhabenen
 Schutze. Eure Majestät bitten darum die
 Bürgerchaft von Bad Deynhaußen, den in
 Liebe, Dankbarkeit und Treue dargebrachten
 Willkommensgruß allergnädigst entgegennehmen
 zu wollen.“

Der Kaiser erwiderte, er freute sich, an einem
 Orte zu sein, dessen Heilquellen so vielen Men-
 schen zur Wohlthat gereichten, dankte für den
 schönen Empfang und wünschte Deynhaußen
 weiteres Gedeihen. Die Kaiserin nahm aus den
 Händen der Frau Bürgermeisterin einen prächtigen
 Strauß von Marischal Rosen entgegen. So-
 dann führten das Kaiserpaar zur Villa Strube.
 Auf dem ganzen Wege bildeten Schulen und
 Vereine Spalier. Abends fand bei den Majes-
 täten im Kurhaus ein Paradenahst statt.

Die Vorgänge in Frankreich.

Nach einer halbstündigen Besprechung mit
 dem Präsidenten Faure und einer darauf folgen-
 den mit dem Ministerpräsidenten Brisson nahm
 General Jaurès das Portefeuille des Krieges
 an, nachdem ihm Ministerpräsident Brisson gleich-
 zeitig mit seinem Ersuchen um Uebernahme des
 Portefeuilles das Schreiben des Justizministers
 Carrien hatte zukommen lassen, worin dieser
 vom Kriegsministerium die Uebernahme des
 Protokolls über die Gesandnisse des Oberst-
 lieutenanten Henry und der Affen des Dreyfus-
 Prozesses verlangte. General Jaurès nahm
 das Portefeuille mit dem Ausdruck des lebhaften
 Bedauerns darüber an, daß er den Posten des
 Militärgouverneurs von Paris verlässe. Auf
 Verlangen des Generals Jaurès wurde ver-
 einbart, daß er die Affen durchgehen könne, bevor
 sie an den Justizminister gelangen, damit er,
 mit der Angelegenheit völlig vertraut, an den
 Ministerberatungen theilnehmen könne. Heute
 Vormittag treten die Minister im Elysee zu einer
 Beratung zusammen.

Die reibungslosen französischen Blätter,
 die namentlich die Mehrzahl bilden, geben
 ihre Genehmigung darüber zu erkennen, daß das
 Kabinett sich der Nothwendigkeit, im Sinne der
 öffentlichen Meinung zu handeln, nicht länger
 verschließt, und daß der Kriegsminister die
 Unhaltbarkeit seiner Stellung eingesehen hat. Es
 ist selbstverständlich, daß die „Aurore“ und der
 „Siccle“ noch weiter gehen und den Ministern,
 die bleiben, dazu Glück wünschen, daß sie nun
 Cavaignac los sind und frei nach Recht und Ge-
 rechtigkeit handeln dürfen. Clemenceau sagt von
 ihm, wenn er noch länger hätte schalten dürfen,
 so hätte er die Regierung mit der Starkeigig-
 keit eines Maulwurfs in irgend ein gefährliches
 Abenteuer hineingeführt. Er habe geglaubt, es
 sei damit getan, wenn der Oberstlieutenant
 Henry zur Rechenschaft gezogen werde, und da
 außer einer kleinen Militärfolge sich niemand
 mehr damit begnügen wolle, so hätte er nun
 gern die andern Jäger, die in Baty und Eter-
 bazy geschickt. Angesichts der Unmöglichkeit, sein
 Vorhaben durchzuführen, siehe er sich zurück.

Ein russisches Blatt, die „Wirkh. Wod.“
 äußert sich, wie folgt: „Noch kürzlich schien es
 denjenigen Leuten, die nicht tief zu empfinden
 vermögen, daß es sich nicht lohne, um Dreyfus
 willen auch nur einen Finger zu rühren, da es
 sich nur darum handle, einen Juden zu retten,
 dessen Rehabilitation angeblich die französische
 Armee in Mißkredit bringe. Möge Dreyfus zu
 Grabe gehen, wenn nur die Armee unbeschädigt
 bleibt! ... Alle vergaßen, daß es etwas
 Höheres als Politik giebt — die Wahrheit und
 Gerechtigkeit, und daß ein Staat ins Wanken
 geräth und zu Grunde geht, wenn er dieser
 seiner Hauptstützen verliert. Dieser Gedanke
 ist schon früher von uns ausgesprochen worden,
 und wir freuen uns, daß die Sache jetzt eine
 Wendung nimmt, die glänzend ist — nicht der
 zunächst nebensächlichen Dreyfus-Affäre, sondern
 der Rehabilitation der französischen Rechtspflege
 und dem Triumph der Wahrheit und Gerechtigkeit
 in Frankreich. Es hat sich also erwiesen,
 daß Oberst Henry eines der von Cavaignac in
 der Kammer verlesenen Dokumente gefälscht hat.
 Die Aufdeckung dieses verbreiten und unerwarteten
 Umstandes hat Henry veranlaßt, sich im Ge-
 fängnisse des Mont Valerien die Kette abzu-
 schneiden. Boisdeffre, der Chef des General-
 stabes, hat seine Demission eingereicht. ...
 Der Eindruck ist ein ungeheurer, ein erschütternder.
 Frankreich lebt noch, noch schlägt sein Puls
 kräftig. Die Gerechtigkeit kehrt zurück, es dringt
 wieder Licht und frische Luft herein“ — wie der
 „Temps“ sich ausdrückt. Nach der Demission
 Boisdeffres ist es natürlich unmöglich, den
 Prozeß Dreyfus nicht zu revidiren. Der Militär-
 Boisdeffres und die Revision des Prozesses ist
 ein und dasselbe: die Regierung beginnt ihren
 Fehler einzusehen. Ein gerechtes Gericht wird
 stattfinden!“

Aus dem Reiche.

Der Goldpokal, aus welchem der Kaiser
 bei seiner am 20. August erfolgten ersten An-
 wesenheit als Kaiser in Mainz und mit ihm der
 Großherzog Ernst Ludwig von Hessen den Ehren-
 trank dieser Stadt entgegengenommen hat, ist ein
 Meisterwerk deutscher Kunst. Der Pokal, ein
 Geschenk des dortigen Stadtrathes Dr. Otto
 Gaßmann an die Stadt Mainz, ist von dem gegen-
 wärtig in Karlsruhe lebenden Professor Rudolf
 Mayer nach dem Entwürfe Hans Solbeins des
 Jüngeren, wie er sich in der Universitätsbibliothek
 zu Erford befindet, ausgeführt. (Federzeichnung
 mit Angabe des farbigen Zusammenwirkens von
 Gold, Perlstein und Edelsteinen.) Die den Becher
 krönende deutsche Kaiserkrone und die im Hantel-
 relief kräftig hervortretenden Figuren des Handels-
 Geniebes und Weßlandes sind seine Erfindung,
 wie auch die meisterhafte Ziselirung des ganzen
 Bechers sein eigenhändiges Werk ist. Heinrich VIII.
 von England hatte bekanntlich dem an seinem
 Hofe weilenden Bafeler Künstler Hans Solbein
 den Auftrag gegeben, für seine Gemahlin Jane
 Seymour diesen prächtigen Pokal zu entwerfen;
 in Folge des Hinscheidens dieser „stillen
 Königin“ unterließ dessen Ausführung, der Ent-
 wurf aber, welcher in dem Reiche seine
 Motive und der künstlerischen Gliederung wohl
 unverdorrt dastehen dürfte, reizte in unserer Zeit
 hervorragende Künstler, wie Baffard in Luzern,
 Hnd. Mayer u. A. m. zur Gestaltung. — Unter
 der deutschen Kaiserkrone trägt der Pokal das
 Wappenbild der Stadt Mainz in Emaille, auf
 dessen Rückseite die Widmung des Stifteres, „seiner
 lieben Vaterstadt Mainz in Treue Dr. Otto
 Gaßmann zum 20. August 1898“ angebracht ist.
 Am unteren Theile des Bechers hängt die goldene
 Kaiserkrone mit der Aufschrift: „Kaiser
 Wilhelm II. bei seiner ersten Anwesenheit in
 Mainz und mit ihm Großherzog Ernst Ludwig
 von Hessen nahmen am 20. August 1898 aus
 diesem Pokale den Ehrentrank der Stadt ent-
 gegen.“ — Bei der Galatafel im königlichen
 Schloß zu Hannover erregte des Kaisers größtes
 Interesse der aus sieben Bechern bestehende
Silberpokal der Stadt Snabrück. Die
 Direktion des städtischen Museums hat ihn zu
 Ehren des Monarchen nach Hannover gesandt
 und ihn für die Meile mit 400 000 Mark ver-
 sichert. Auf den historischen, wundervoll ge-
 arbeiteten Silberpokal entfielen allein 300 000 M.
 — Der Großherzog von Baden begab sich
 gestern Abend 7 Uhr von Koblenz nach Sigmari-
 ngen, um von dort aus in den nächsten Tagen
 militärische Besichtigungen vorzunehmen. Die
 Rückreise nach Schloß Mainau erfolgt am 8. Sep-
 tember. — **Professor D. Beschlag** in Halle
 a. S. feierte gestern (5. September) seinen 75.
 Geburtstag. — Die Teilnehmer an der **Arbeits-
 Nachweis-Konferenz**, die gestern unter dem
 Vorsitz des Dr. Martens aus Hamburg in
 Leipzig abgehalten wurde, sagten folgende Reso-
 lution: „Die Versammlung spricht ihre Ueber-
 zeugung dahin aus, daß im Interesse des Groß-
 und Klein-Handels der Arbeitsnachweis von
 den Arbeitgebern zu organisiren und zu hand-
 haben ist.“ — Dem **Krieger-Verein „Germania“**
 in Halle ist nunmehr eine Verfügung der
 Polizeiverwaltung zugegangen, durch die ihm die
 Vorrechte als Kriegerverein entzogen werden, so
 daß er eine Kriegervereinsfahne nicht mehr
 führen und öffentliche Aufzüge nicht mehr ver-
 anstalten darf und deshalb nur noch als Ver-
 einigungs- oder politischer Verein zu betrachten
 ist. Diese Verfügung, gegen die „Germania“
 Beschwerde zu führen gedenkt, ist, wie erinnerlich,
 darauf zurückzuführen, daß die Mehrheit des
 Vereins, als dieser aufgeführt wurde, seinen
 Vorstehenden, einen Versicherungsbeamten Lange,
 da dieser lebhaften Umgang mit sozialdemo-
 kratischen Reichstagsabgeordneten pflege, aus-
 stoßen, sich in Gegensatz zu dieser Aufforderung
 stellte, keineswegs die Entfernung des betreffenden
 aus dem Verein beschloß, sondern ihn vielmehr
 erneut zum Vorstehenden wählte, da für die Auf-
 richtung war, daß sein Umgang mit sozialdemo-
 kratischen Abgeordneten nur soweit stattgefunden
 habe, als er diese wie auch Abgeordnete anderer
 Parteistellung für ein Eintreten für Verbesserung
 der Veteranenpensionen habe gewinnen wollen.
 Die Folge dieses Beschlusses war der Austritt
 fast aller für die Ausschließung des betreffenden
 stimmenden Mitglieder, sowie der dem Verein
 als Ehrenmitglieder angehörnden Offiziere, ferner
 die Ausschließung des Vereins aus dem deutschen
 Kriegerbund, die nun die erwähnte Polizei-
 verfügung nach sich gezogen hat. Die aus der
 „Germania“ ausgestreuten Veteranen haben sich
 bereits zu einem neuen Verein, dem „Verein der
 Kampfgemeinen“, zusammengeschlossen.

Deutschland.

Berlin, 6. September. Vor Palästina-
 reis des Kaisers wird gemeldet: General-Superintendent
 D. Braun in Königsberg wird sich, einer Ein-
 ladung des evangelischen Oberkirchenraths folgen-
 zu den Einweihungsfeierlichkeiten der Erbfir-
 chen am 31. Oktober nach Palästina begeben;
 ebenso hat General-Superintendent D. Böhm
 in Danzig die an ihn ergangene gleiche Ein-
 ladung angenommen und wird die Palästina-
 fahrt mitmachen. Auch mehrere Geistliche aus
 den Ostprovinzen wollen nach Jerusalem reisen.
 Nach Mittheilung Schweriner Blätter hat außer
 dem Oberkirchenrath Giese auch der Oberfir-
 chenrath D. Bard in Schwerin eine Einladung zur
 Theilnahme an der Orientfahrt des Kaisers er-
 halten.

Zum Hoch des Kaisers auf die Königin
 von England wird der „Magb. Ztg.“ geschrieben:
 Nach der Ansprache des Kaisers an die zum
 Feldgottesdienst vor der Waterloo-Säule in
 Hannover versammelten Truppen dürften wohl
 die Zweifel darüber beseitigt sein, daß das
 politische Verhältnis zwischen dem deutschen
 Reiche und England wieder ein freundlicheres
 geworden ist. Ein allerdings in seinen Mit-
 theilungen höchst unzuverlässiges Blatt wollte
 sogar von dem Abschluß eines deutsch-englischen
 Schutz- und Trugbündnisses wissen. Daß es
 damit an der Wahrheit weit vorbeigeschossen
 hat, muß aber jedem einigermaßen urtheils-
 fähigen Politiker sofort einleuchten. Für Deutsch-
 land würde ein derartiges Bündnis eine voll-
 kommene Verringerung seiner Frontstellung be-
 deuten; die großen politischen Ziele beider Länder
 sind doch zu verschieden, als daß sie in dieser
 Weise ihrem Vorgehen Fesseln anlegen könnten.
 Und die Voraussetzungen, unter denen das Bündnis
 eingegangen werden müßte, wären doch zu
 ungleich; ein Schutz- und Trugbündnis würde
 zur Bedingung haben, daß der Westrand des
 einen Landes auch von dem anderen geschützt
 werden müßte. Für einen solchen Vertrag,
 der Deutschland sofort in die Weltkugel
 Englands hineinzieht, wird die deutsche Politik
 nun und nimmermehr zu haben sein. Diese
 ist, seitdem Fürst Hohenlohe ihre Leitung über-
 nommen hat, stets bemüht gewesen, an die
 Fäden der diplomatischen Kunst des Fürsten
 Bismarck wieder anzuknüpfen, und wie weit
 ihr dies gelungen ist, liegt vor aller
 Augen. Das Verhältnis Deutschlands zu dem
 östlichen Nachbar ist seit den Kaisertagen in
 Breslau wieder das freundschaftliche, und dieser
 vom Fürsten Bismarck gewiesene Weg der Politik
 dürfte für Deutschlands Interessen auch der
 natürliche Ausgangspunkt aller seiner politischen
 Bestrebungen und Unternehmungen sein. Selbst-
 verständlich ist damit nicht ausgeschlossen, daß
 die deutschen Staatsmänner ihr Augenmerk
 darauf richten, auch mit den übrigen Mächten
 gute Beziehungen zu unterhalten, und wenn von
 Seiten Englands das Verlangen ausgesprochen
 ist, durch eine Verständigung über einzelne
 schwebende Fragen die bestehenden Meinungs-
 verschiebheiten auszugleichen und damit
 das gegenseitige Verhältnis zu verbessern,
 so wird kein deutscher Staatsmann so kurz-
 sichtig sein, die dargebotene Hand zurück-
 zuweisen. Es giebt in der That Fragen
 genug, die zwischen Deutschland und England
 allein geregelt werden können, ohne daß dabei
 die Interessen anderer Länder ins Spiel kom-
 men, und dies sind in der Hauptsache Angelegen-
 heiten kolonialer Natur. Deutschland hat sich
 bisher bei der Vertheilung seiner Interessen in
 Afrika noch nie des Wohlwollens von Seiten
 Englands zu erfreuen gehabt, im Gegentheil,
 die englischen Absichten in Afrika schienen immer
 einer Befestigung und Entwicklung des deutschen
 Kolonialbestandes entgegen zu sein. Wenn Eng-
 land jetzt durch sein Vordringen im Sudan sich in
 die Lage gekommen sieht, die guten Dienste
 Deutschlands in Anspruch zu nehmen, so liegt
 für dieses kein Grund vor, sich den englischen
 Wünschen schroff gegenüberzustellen, sofern seine
 eigenen Interessen eine entsprechende und an-
 gemessene Berücksichtigung finden. Auf Ein-
 zelheiten wird man sich bei dieser Grörterung
 noch nicht einlassen können, so lange nicht der
 Inhalt der getroffenen Abmachungen bekannt ge-
 worden ist.

Bei dem am Sonntag Abend im Ständehaus
 zu Hannover stattgehabten Festmahle er-
 widerte der Kaiser, wie wir mitgetheilt, auf den
 ihm durch den Grafen zu Inn- und Knyphausen
 abgetretenen Dank für die Herausgabe des
 Welfenfonds an das frühere hannoversche Königs-
 haus: „Sie können sich verständig halten, daß bei
 der Erinnerung an Meine große, unvergeßliche
 Urohmutter, die Königin Luise, ich damals
 auch der hohen, schwergeprüften Frau gedacht
 habe, und es Mir ein wahres Herzensbedürfnis
 und eine Verpflichung für Meine Seele war, als
 ich wußte, daß ich eine Freude bereiten
 konnte, und Ihre Majestät hat die Gnade ge-
 habt, Mir durch Uebernahme eines wunder-
 vollen Wilsnisses Meiner hochgeliebten Frau Urohmutter zu danken.“

In einigen Wittern werden die Worte von
 der „hohen, schwergeprüften Frau“ auf die
 Königin Viktoria von England bezogen. Nach

einem Bericht soll der Kaiser sie an dieser Stell
 der Rede ausdrücklich genannt haben, wodurch
 natürlich jeder Zweifel ausgeschlossen wäre.
 Sonst aber liegt die Vermuthung nahe, daß die
 Witwe des verstorbenen ehemaligen Königs von
 Hannover, Georgs V., die Königin Marie ge-
 meint war. Die Mutter des Königs Georg war
 eine Schwester der Königin Luise.

Die Vermuthung der „Nat.-Lib. Korr.“,
 daß von der 7 Millionen Rth., deren der Papst
 für die zur allgemeinen Verwaltung der Kirche
 erforderlichen Ausgaben jährlich bedürfe, ihm
 3 Millionen indirekt durch das preussische Ge-
 setz zur Aufbesserung der Einkommen der katholischen
 Pfarren zuzuflehen, beantwortet die ultramontane
 „Germ.“ wie folgt:
 „... Ja wohl, so würden auch die
 preussischen Protestanten zur Abwehr der finan-
 zellen Kalamität des heil. Vaters beitragen!
 Wie schrecklich! Schade, daß hier ohne jegliche
 Unterlage eine falsche Behauptung aufgestellt und
 daraus der zur Verheerung der Konfessionen
 paffend erziehende Schluß gezogen wird. Um
 diesem elenden Manöver ein für alle Mal ein
 Ende zu machen, erklären wir die Behauptung
 der „Nat.-Lib. Korr.“ für erlogen und erlogen.“
 Damit werden die protestantischen Steuerzahler
 wohl beruhigt sein.“

Der Fleischverbrauch ist in Berlin seit
 Jahresfrist stetig erheblich zurückgegangen. In
 dem Geschäftsjahre vom 1. April 1897 bis 31.
 März 1898 sind auf dem städtischen Viehhof
 50 491 Thiere weniger aufgetrieben worden als
 im vergangenen Jahre. Das bedeutet ein Kapital
 von 3 1/2 Millionen Mark. Dazu bemerkt die
 „Allg. Fleischerg.“:
 „Stärkere Beweise für das Bestehen einer
 Fleischnoth kann es nicht geben, und wenn da-
 gegen die Agrarier als Gegenbeweis darauf hin-
 weisen, daß immer noch nicht alle Thiere auf
 den Berliner Viehmärkten abgesetzt werden, so
 beweist das eben nur, wieviel Thiere schlechter
 Qualität hier aufgetrieben werden, wie unfähig
 die Agrarier sind, brauchbares Vieh zu liefern,
 wie notwendig also die Öffnung der Grenzen
 ist, damit wieder brauchbares Schlachtwiehl auf
 die Märkte kommt, und nicht, wie es jetzt viel-
 fach der Fall, die Fleischer oft den Markt ver-
 lassen müssen, ohne geeignete Waare erstanden
 zu haben. Der starke Mangel an Vieh-
 auftrieb und also auch des Fleischverbrauchs,
 der sich in den obigen Zahlen ausdrückt, macht
 sich natürlich in ganz Deutschland ebenso stark
 geltend und fühlbar wie in Berlin. Die Fol-
 gerungen dieses schweren Fleischmangels gehen
 aber noch weiter. Denn durch diese Fleischnoth
 wird das deutsche Fleischergeheim gezwungen,
 seine Bureauführung einzuschränken und da-
 durch wird nun wieder dem Wettbewerb des
 Auslandes Thür und Thor geöffnet; die oft
 minderwerthigen billigen amerikanischen Wurst-
 erzeugnisse verdrängen allmählich bei der ärmeren
 Bevölkerung den Verbrauch deutscher Wurst. Die
 Agrarier aber wollen ihre nationalen Schweine
 vor dem Wettbewerb des Auslandes geschützt
 sehen und übersehen dabei ganz, wie sehr sie das
 nationale Handwerk dadurch schädigen und in
 seiner Erwerbsfähigkeit gefährden. Die thörichte
 Drohungen der Agrarier, ihr Vieh selbst zu
 schlachten und selbst an das Publikum zu ver-
 kaufen, sind das einzig Komische in der ersten
 Lage. So oft die Herren Großgrundbesitzer sich
 auch schon die Fleischschürze vorgebunden
 haben, ihre Schlächtereigenheiten und bisher
 fälschlich verdrängt. Diese Drohungen
 fürchtet das Fleischergeheim nicht, aber es
 fürchtet schwere soziale Gefahren, wenn nicht
 endlich durch Aufhebung der Grenzsperr und der
 Quarantänegewissheiten normale Fleisch-
 preise im Interesse der Bevölkerung ermöglicht
 werden.“

Die „Fr. Ztg.“ giebt unter allem Vor-
 behalt folgende Meldung ihres Belgrader
 Korrespondenten wieder. Derselbe schreibt: Von
 einem sonst sehr gut unterrichteten russischen
 Freund erhalte ich folgende Mittheilung: Vor
 kurzem sandte Kaiser Wilhelm dem Grafen
 Molke mit einem eigenhändigen Schreiben an
 den Jaren und machte ihm den Vorschlag, daß
 man dem Kaiser Franz Josef zu seinem
 Jubiläum die beiden okkupirten Provinzen
 Bosnien und Herzegovina zum Geschenk mache,
 d. h. die Bestimmung des Berliner Vertrages
 derart ändern, daß diese Länder gänzlich und
 endgültig der österreichisch-ungarischen Monarchie
 einverleibt werden können. Wenn der Zar zu-
 stimmt, könnten sie dann gemeinsam mit den
 anderen Signatarmächten des Berliner Friedens-
 vertrages auch deren Zustimmung erwirken. Der
 Zar hat sofort nach Empfang des Handschreibens
 des Kaisers von Deutschland den Minister des
 Aeußeren Grafen Murawiew und nach demselben
 den Oberprokurator Pobedonoszew zu sich be-
 rufen und mit ihnen über diesen Vorschlag
 Kaiser Wilhelms berathen. Nach diesen Be-
 ratungen theilte Murawiew dem Grafen Molke
 mit, daß die Mission keinen günstigen Erfolg

Mittheilungen aus dem Grund- besitz.

Ueber die **Verhältnisse** und die
hypothekariße Belastung der Berliner
Grundstücke entnehmen wir der schon er-
 wähnten, uns freundlich zur Verfügung gestellten
 Zusammenstellung der „Hypothekariße Berliner
 Grundbesitzer“ folgende Angaben. Während die
 Zahl der bekannten Grundstücke in der Zeit von
 1865 bis 1895 von 12 797 auf 22 965 gestiegen
 ist, sich also um 80,3 p. h. vermehrt hat, ist die
 Zahl der in diesen Grundstücken vorhandenen
 Wohnungen im selben Zeitraum von 138 356
 auf 461 453, also um 231 p. h. gestiegen. Die
 jährliche Zunahme betrug in der ersten Zeit
 3000 bis 8000, 1875 stieg sie auf 15 000, 1876
 auf 20 000, sank dann allmählich bis auf 5000
 (1881), um demnächst wieder zuzunehmen und
 im Jahre 1891 mit 22 000 ihr Maximum
 zu erreichen. In den letzten Jahren be-
 trug die Zunahme nur 11 000 und 12 000.
 Die Zahl der unvermieteten Wohnungen be-
 lief sich im Jahre 1865 auf 5067, 1867 auf
 8627, dann sank sie bis 1873 allmählich auf 1042
 und stieg dann bis 1879 auf 20 671. Darauf

folgte ein Rückgang bis auf 6904 im Jahre
 1887, wonächst die Zahl wieder zunahm und
 1895 mit 31 597 ihr Maximum erreichte. Der
 Nettoertrag der Wohnungen unter Abzug von 8
 p. h. vom wirklichen Ertrage des voraus-
 gegangenen Jahres belief sich im Jahre 1865
 auf rund 57 Millionen Mark, im Jahre 1895
 auf 306 Millionen Mark, so daß in diesen 30
 Jahren eine Steigerung um 249 Millionen
 Mark, also um mehr als das Vierfache statt-
 gefunden hat. Der durchschnittliche Ertrag jeder
 Wohnung läßt sich für 1865 auf 413 Mark,
 für 1895 dagegen auf 664 Mark berechnen.
 Auf jedes Grundstück kommt im Jahre 1865 ein
 Miethertrag von 4708, dagegen 1895 ein solcher
 von 13 600 Mark. Kapitalist man den Ertrag
 der Wohnungen, so ergibt sich für 1865
 die Summe von 1147 Millionen Mark, für 1895
 die Summe von 6128 Millionen Mark. Auf
 jedes Grundstück kommt im ersten Jahre ein
 kapitalistischer Ertrag von 91 275 Mark, im letzten
 ein solcher von 247 000 Mark. Der Verschö-
 nungsbehang der städtischen Feuerlosgelände belief
 sich im Jahre 1865 auf 759 Millionen Mark,
 im Jahre 1895 auf 3505 Millionen Mark, ist
 also in den 30 Jahren um mehr als das Vier-
 fache gestiegen. Auf jedes Grundstück kommt
 durchschnittlich ein Feuerlosgelände von 59 561
 Mark im Jahre 1865 und 152 632 Mark im

Jahre 1895. Die hypothekariße Belastung sämt-
 licher Berliner Grundstücke ist für 1865 auf 752
 Millionen Mark berechnet, 1875 betrug sie 1818
 Millionen, 1885 2412 Millionen und 1895
 4173 Millionen Mark. Während sich also im
 ersten Jahrzehnt die hypothekariße Belastung
 mehr als verdoppelt hat, hat sie im zweiten
 Jahrzehnt nur etwa um ein Drittel zu-
 genommen; das dritte Jahrzehnt zeigt eine Zu-
 nahme um fast 1 1/2 Milliarden Mark oder mehr
 als 70 p. h. Der kapitalistische Ertrag der Woh-
 nungen überstieg die hypothekariße Belastung im
 Jahre 1865 um 395, im Jahre 1895 dagegen
 um 1915 Millionen Mark. Die hypothekariße
 Belastung betrug im Jahre 1865 65,6, im Jahre
 1895 65,6, im Jahre 1895 68,1 p. h. des kapita-
 listischen Ertrags der Wohnungen, so daß das
 Verhältnis sich in diesen 31 Jahren nur un-
 wesentlich zu Ungunsten der Grundstücker-
 thümer verschoben hat. Es sei noch erwähnt,
 daß die durchschnittlich hypothekariße Belastung
 jedes Grundstücks im Jahre 1866 60 789, 1895
 dagegen 174 363 Mark betrug.

Nach eingeleiteter **Zwangsvorsteigerung**
 von Grundstücken pflegt sich derjenige, welcher
 das Grundstück zu erstehen beabsichtigt, die auf
 demselben bereits haftenden Hypotheken weiter
 zu sichern. In einem solchen Falle war vor dem

Termin zur Belegung und Vertheilung der
 Kaufgelber zwischen einem Hypothekgläubiger
 und dem nachmaligen Ersterher des Grundstücks
 ein schriftlicher Vertrag geschlossen worden, wo-
 nach der Hypothekgläubiger wegen einer außer-
 halb des Mindestbetrags liegenden Forderung
 von 190 000 Mark sich verpflichtete, falls der
 Gegencontrahent das Grundstück erstehen sollte,
 diesem die Hypothekenforderung weiter zu kre-
 ditiren, es wurden ferner Abkommen betreffend Ver-
 zinsung, Kündigung und Fälligkeit getroffen. Alles
 das sollte später im Kaufgelberlegungs-
 termin erfüllt werden. Demgemäß wurde
 das Geschäft nach Zuschlag im Kaufgelberlegungs-
 termin regulirt. Die gedachte Vorverhandlung
 war mit 150 Mark bestempelt, der Stempel-
 steuersfiskus beanspruchte 1/2 Prozent mit 157
 Mark. Dieser zunächst bezahlte Betrag wurde
 im Prozeßwege zurückgefordert, und war zu ent-
 scheiden, ob für die Kreditirung von Hypotheken
 eine Stempelsteuer von Schuldverschreibungen zu
 erheben sei. Das Reichsgericht IV. Zivilsenat
 hat im Urtheil vom 21. Juli 1897 (IV. 227. 96)
 die Frage verneint. Aus den Gründen ist fol-
 gendes hervorzuheben: Entscheidend ist, daß in
 dem Vertrage keine neue Schuldverbindlichkeit
 begründet ist, der Ersterher vielmehr nur in eine
 bestehende und schon verbrieft Schuld, für welche
 der Substanz persönlich verhaftet war, einge-

treten ist und solche, ohne daß eine Aenderung des
 Rechtsgrundes stattgefunden, als Schuldner über-
 nommen hat. Es fehlt daher der in Rede stehenden
 Urkunde an einem wesentlichen Erfordernisse
 einer nach der Tarifposition mit dem Prozent-
 stempel zu belegenden Schuldverschreibung. Daß
 die Schuldübernahme nicht erst in Gemäßheit des
 § 116 des Gesetzes vom 13. Juli 1893 in der
 Kaufgelberlegungsverhandlung erklärt ist, im
 welchem Falle, wie auch der beklagte Fiskus an-
 erkannt hat, die in Rede stehende Ver-
 steuerung überhaupt nicht hätte in Frage
 kommen können, sondern zum Zwecke der
 Vorbereitung der Verhandlung am Kaufgelber-
 legungstermin schon vorher in einem besonderen
 Vertrage verabredet worden, ist mit Recht für
 unerheblich erachtet, da das entscheidende Ge-
 wicht darauf zu legen ist, daß in gleicher Weise,
 wie bei einer nach § 116 a. a. O. abzugeben-
 den Erklärung der Schuldübernahme, der Ein-
 tritt in bereits bestehende Schuldverhältnisse unter
 alleiniger Aenderung der Nebenbestimmungen er-
 klärt worden ist.

